

Nicht verzeichnete Fluchtbewegungen oder Wie die Juden in der Westeifel in die Freiheit kamen

Ein Film von Dietrich Schubert, 1990, Farbe, 95 Minuten



In den Jahren 1938/39 fliehen in der West-Eifel viele jüdische Bürgerinnen und Bürger über die belgische Grenze aus Deutschland, das seit 1933 jeden Tag stärker ihre Rechte einschränkt und sich ideologisch wie praktisch auf die Ermordung der europäischen Juden vorbereitet. Ihnen halfen auf beiden Seiten der Grenze Menschen der Region. Die einen aus Nächstenliebe, die anderen gegen Geld.

Wem die Flucht gelang, der glaubte sich in Sicherheit, und war es doch nur auf Zeit. Im Frühjahr 1940 besetzte die deutsche Wehrmacht auch Belgien.

Der Film trägt zusammen, was sich heute noch erfahren lässt. Es ist eine Reise durch die Geschichte und die heutige

Landschaft. Und er zeigt, dass die Rede vieler Deutscher, man habe angesichts der Gewalt gegen die jüdischen Nachbarn nichts für sie tun können, eine Lüge ist.

Donnerstag, 16. Februar 2017, 19 Uhr Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, Filmraum

Der Regisseur Dietrich Schubert, der selbst seit vielen Jahren in der Eifel lebt, hat sich auf Spurensuche begeben, suchte und fand Zeitzeugen, die damals, zumeist noch halbe Kinder, miterlebten, was geschah. Zitate aus Schriften Jean Amerys, der selber den Fluchtweg von der Eifel nach Belgien gegangen ist, geben der Dokumentation eine literarische Struktur.

Veranstalter: *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten VVN-BdA, Venloer Str. 440, 50825 Köln*
Tel. 0152 58103016, <http://koeln.vvn-bda.de>



Versagt vor der Geschichte

Zum NPD-Verbotsurteil

An allen Gedenktagen an die Opfer des NS-Regimes, so sicher auch am diesjährigen 27. Januar, werden von den politisch Verantwortlichen in Deutschland Reden gehalten, in denen man die Verbrechen des deutschen Faschismus benennt und ein „Nie wieder!“ verspricht.

Aber wenn es darauf ankommt, die Konsequenzen aus den Millionen Opfern dieses verbrecherischen Regimes zu ziehen und zwar die allereinfachste und naheliegendste, nämlich dass die dafür verantwortlichen politischen Kräfte nie Gelegenheit erhalten dürfen, einen erneuten Anlauf zur Errichtung eines ähnlichen menschenfeindlichen Regimes zu errichten, wird versagt.

Es wird aber nicht einfach aus Unvermögen versagt, sondern, wenn man das Anti-Verbots-Trommelfeuer der letzten Monate in Politik und Medien betrachtet, es wird vorsätzlich versagt.

Eine neo-nationalsozialistische Partei soll es in Deutschland geben dürfen, das ist die Quintessenz all dieser Aktivitäten.

Zu den historischen Verbrechen des deutschen Faschismus gehören auch die knapp 200 Toten seit 1990 und die rassistischen Mobilisierungen der letzten zwei Jahre, bei denen die NPD eine wesentliche Rolle gespielt hat. Sie hat Strukturen, Ideologie und hasserfüllte Parolen zur Verfügung gestellt, was sogar noch aus Steuermitteln finanziert wird. Das macht deutlich, dass von der NPD Gefahr ausgeht – unabhängig davon, ob sie in Parlamenten sitzt oder nicht.

Außerdem wurde vorsätzlich darauf verzichtet, dem völkischen Nationalismus, wie er auch durch die AfD vertreten wird, einen Riegel vorzuschieben.

Dazu sagen wir Nein: Faschismus gehört verboten, weil er keine Meinung ist, sondern ein Verbrechen. Die NPD hat, ebenso wie andere faschistische Gruppierungen keinen Anspruch auf Legalität.

An dieser Lehre der Geschichte halten wir fest.

*Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e.V.
Bundesvereinigung
www.vvn-bda.de*